

eitung.

1915
4. November

Neue Teuerungsanträge.

Aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Im Vordergrund der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg standen die Besprechungen über die Lebensmittelteuerung. Die Anträge, die in der vorigen Sitzung gestellt waren, sind in einem Ausschuss durchberaten worden, und Stadtv. Klitz (Soz.) erstattete Bericht über das Ergebnis; er schilderte die Verhandlungen des Ausschusses und gab ein Bild über die zahlreichen Anläufe des Magistrats, dem seinerzeit ein Kredit von 3 Millionen zur Verfügung gestellt war, den er bis auf einen verhältnismäßig geringen Betrag verbraucht hat. Der Ausschuss ersucht den Magistrat, Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln für die weitere Dauer des Krieges zu sichern; den städtischen Verkauf von Lebensmitteln so weit als möglich auszudehnen und die Verkaufspreise auch ferner so festzusetzen, daß dadurch höchstens die Selbstkosten gedeckt werden; für die minderbemittelte Bevölkerung, namentlich die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, besondere Vergünstigungen eintreten zu lassen.

Stadtv. Dr. Liepmann (B. u. F.) begründet einen Antrag, die Maßnahmen auch auf die Beschaffung der zum Lebensunterhalt notwendigen Rohstoffe auszudehnen und regt besonders den Ankauf von Leder an. Ferner verweist er auf eine Anregung des Stadtv. Kagenstein, das lange Warten der Frauen an den städtischen Verkaufsstellen durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

Stadtv. Kagenstein (Soz.) begründet einen Antrag seiner Freunde, der den Magistrat ersucht, den Reichskanzler aufzufordern, behufs durchgreifender Regelung der Nahrungsmittelversorgung die unverzügliche Einberufung des Reichstages zu veranlassen.

In seiner Begründung führt Redner aus, daß die Ausschussverhandlungen leider gezeigt hätten, daß die Maßnahmen gegen die Teuerung durch jahrzehntelange Agrarpolitik bedeutend erschwert worden wären, und daß er der Regierung und auch der Stadtverwaltung ernste Vorwürfe nicht ersparen könne. Noch während des Krieges sei von anderen Gemeinden bedeutend mehr geschehen. Redner führt verschiedene Beispiele an, in denen deutsche Städte in der Milch- und Fleischversorgung energischer und wirksamer vorgegangen sind als Charlottenburg. Es wäre auch hier leichter möglich, wenn die Stadt gemeinschaftlich mit den Nachbargemeinden vorgehe. Der Zweckverband Groß-Berlin könnte in eine Einkaufsgenossenschaft umgewandelt werden, und hätte dann auch größeren Einfluß auf die Regierung als die einzelnen Gemeinden. Die Brot-, Butter- und Kartoffelpreise seien viel zu hoch und begünstigten einseitig die Landwirtschaft, die seit jeher bevorzugt wurde und in diesem Kriege ziemlich versagt hätte; allerdings träge auch den Großhandel und teilweise den Kleinhandel die Schuld für die Verteuerung. Durch den Lebensmittelwucher sei die Begeisterung des Volkes, die vor fünfviertel Jahren alle Schichten ergriff, vergiftet worden. Er erwähnt eine Gesellschaft „zur Verwertung verdorbener Nahrungsmittel“ und richtet scharfe Angriffe gegen die Produzenten, die die Nahrungsmittel wagnungsweise verderben ließen. Es müßte endlich viel schärfer vorgegangen werden, und da könnte nur der Reichstag durchgreifende Aenderung schaffen.

Stadtv. Böllmer (lib.) ist sachlich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden, bezweifelt aber, ob die scharfe Sprache der Sache von Nutzen sei. Auch er ist der Ansicht, daß die Lebensmittelpolitik sich seit Jahren auf falscher Bahn bewege; aber jetzt würden Maßnahmen getroffen, wenn auch teilweise zu spät. Ueber die Sozialisierung der Lebensmittelverteilung könnte man getrennter Meinung sein; jedenfalls müsse jeder Handel wirtschaftlich so viel Freiheit genießen, als er der Allgemeinheit nicht schadet. Alle kommunalen Maßnahmen könnten nur wirksam sein, wenn das Reich sie tatkräftig unterstütze. Redner hält die Fort-